

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 41 (1962)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Die Afrikapolitik der Vereinigten Staaten  
**Autor:** Fölsche, Ludwig  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-337341>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Afrikapolitik der Vereinigten Staaten

Nachdem John F. Kennedy 1960 zum Präsidenten gewählt worden war, gab er als eine seiner ersten Ernennungen die des früheren Gouverneurs Mennen Williams von Michigan zum Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten bekannt und unterstrich damit die Bedeutung des erwachsenen Afrikas und der amerikanischen Afrikapolitik. Die Wichtigkeit einer eigentlichen Afrikapolitik hatte die Regierung Eisenhower erst spät begriffen: Beim Entstehen der unabhängigen Republik Guinea versäumte sie 1958 die Entsendung einer genügend starken diplomatischen Mission und gewährte dem neuen Staatswesen die gewünschte wirtschaftlich-technische Hilfe gewissermaßen nur tropfenweise und zu spät, während solche Hilfe aus Osteuropa und auch China schnell und reichlich eintraf. Da Präsident Touré von Guinea ohnehin dem Westen wegen schlechter Erfahrungen mit Frankreich mißtraut, haben die USA in dieser ehemaligen französischen Kolonie den Vorsprung des Ostblocks nicht mehr einholen können. Es wimmelt in Guinea von Fachleuten aus den Ostblockländern, einschließlich Ostdeutschland... Präsident Kennedy wollte die Freundschaft der afrikanischen Staaten gewinnen oder intensivieren und ein weiteres Vorrücken des sowjetischen Einflusses verhindern. Nach dem ersten Jahre der Regierung Kennedy zeigen sich indes manche Irrtümer, Schwierigkeiten und Gefahren, die nicht unerwartet gekommen sind. Manches schöne Wort der Erkenntnis setzt man verkehrt oder gar nicht in die Praxis um.

Zwei Hauptmittel der aktivierten Afrikapolitik Amerikas bilden die ausgedehnten Reisen des Unterstaatssekretärs Mennen Williams<sup>1</sup>, der im ganzen eher die Unabhängigkeitsbestrebungen gegen den Kolonialismus ermutigt, und das von einem Schwager Kennedys geleitete sogenannte Friedenskorps junger Leute zur technischen und pädagogischen Hilfeleistung. Sind etwas dilettantische, schnell ausgebildete Zwanzigjährige, die fremde Länder sehen und dort eine vielgepriesene Aufgabe erfüllen möchten, ein vollwertiger Ersatz für erfahrene Fachleute und Kenner afrikanischer Verhältnisse?... Guter Wille genügt noch nicht: es ist unter anderem eine Menge Takt nötig, um die Afrikaner nicht zu verstimmen. (Das zeigte erst kürzlich ein Zwischenfall in Nigeria.)

Weiße Fachleute, die ihre Sache verstehen und den Afrikanern wirklich helfen wollen, sind in den afrikanischen Republiken keineswegs unerwünscht — im Gegenteil. Aber man unterschätzt die Schwierigkeit der Aufgabe nicht.

---

<sup>1</sup> Mennen Williams, ein routinierter Politiker und Besitzer einer Seifenfabrik, hatte nie als Afrikaspezialist gegolten.

Eine zweckmäßige Idee ist zweifellos die Entsendung farbiger Fachleute aus den USA, die von den afro-amerikanischen «Nationalisten» befürwortet wird. Sie braucht die Verwendung weißer Fachleute nicht auszuschließen; aber sind die Mitglieder des Friedenskorps vollwertige Fachleute? In afrikanischen Kreisen betrachtet man das Friedenskorps meist skeptisch als eine leichtfertig improvisierte Unternehmung. Und vielfach glaubt man, es sei zu einer uneingestandenen ideologischen Beeinflussung im neo-kolonialistischen Sinne bestimmt.

### *Amerika und der Neo-Kolonialismus*

Die Frage des Neo-Kolonialismus ist ein Kernproblem der amerikanisch-afrikanischen Beziehungen. Unter Neo-Kolonialismus versteht man heute in Afrika die Gründung und Förderung von Staaten oder Regierungen, die formell unabhängig sind, in Wirklichkeit aber den Interessen der früheren Kolonialmächte und der Wall Street dienen. Das krasse Beispiel hiefür ist Tschombes Katanga-Staat, der im Dienste der Gesellschaft «Union Minière du Haut-Katanga» mit deren Millionen und mit Hilfe weißer Söldner entstand. Doch bezeichnet der afrikanische Nationalismus die Staaten der Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft gleichfalls als neo-kolonialistisch. Allerdings sollte man sie wohl nicht alle über einen Kamm scheren; denn es besteht ein erheblicher Unterschied etwa zwischen F. Youlou, dem mit Tschombe befreundeten Präsidenten des (früher französischen) Kongo-Brazzaville, und dem bewußt afrikanisch denkenden Präsidenten und Dichter L. S. Senghor von Senegal . . .

Im (früheren belgischen) Kongo ist nicht nur Tschombe ein Vertreter des Neo-Kolonialismus, sondern trotz dem Anspruch auf völlige Selbständigkeit auch die Gruppe Kasavubu-Mobutu-Bomboko, die Lumumba stürzte, in Léopoldville eine Diktatur errichtete, das Parlament verjagte und die afrikanische Neutralitätspolitik durch eine pro-westliche zu ersetzen suchte. Als Präsident Kasavubu den verfassungsmäßigen Regierungschef Lumumba an Tschombe, den Todfeind des afrikanischen Nationalismus, auslieferte, machte er sich zum Komplicen des neo-kolonialistischen «Präsidenten» von Katanga.

Lumumba ist der Märtyrer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, das Symbol des afrikanischen Nationalismus. Seine Ermordung auf Befehl Tschombes hat die afrikanischen Massen tief erschüttert. Andächtig wird sein Andenken gepflegt; und im Tode ist er kraft seiner Ideen, seines Mutes, seines Opfers mächtiger als im Leben. Das gegenüber Lumumba an den Tag gelegte Verhalten ist ein Kriterium, nach welchem von den afrikanischen Nationalisten die Absichten der Mächte beurteilt werden.

Als Lumumba 1960 die Unterstützung der Vereinten Nationen gegen eine Meuterei in der unzuverlässigen Armee (der vormaligen Schutztruppe der

Belgier) und gegen die Sezession Katangas anforderte, ahnte er nicht, daß seine legitime demokratische Regierung, die das Vertrauen des kongolellischen Parlaments genoß, durch Kasavubu mit offener Beihilfe der UNO gewaltsam beseitigt würde. Dies war die Ursünde der UNO-Kongopolitik, an der zu leiden sie noch nicht aufgehört hat; denn Lumumba war im Kongo der Mann des Volkes, die einigende Autorität; und seitdem er gemeuchelt wurde, ist das Land erst recht nicht zur Ruhe gekommen. Man hat mehr und mehr eingesehen, daß der Kongo sich nur mit den demokratischen und einigenden Ideen Lumumbas regieren läßt: die Diktatur Kasavubu-Mobutu hielt sich nicht. Das Parlament mußte wieder einberufen und Gizenga, der Vizeministerpräsident Lumumbas, Führer der Lumumba-Anhänger seit dessen Ermordung und Chef der nationalistischen Regierung von Stanleyville, um Mitarbeit an einer zentralen Koalitionsregierung gebeten werden. Aber das Koalitionskabinett Adoulas leidet von Anfang an unter dem Gegensatz zweier grundsätzlich verschiedener Richtungen . . . Ungeachtet offizieller Gegnerschaft zwischen Léopoldville und Elisabethville (Katanga), sind zwischen Tschombe und neo-kolonialistischen Politikern des Kasavubu-Kreises manche Fäden gesponnen worden. Die Auslieferung und Ermordung Lumumbas war keineswegs der Endpunkt einer unheiligen Rollenverteilung. «General» Mobutu ließ Tschombe wieder laufen, als dieser sich schon in seiner Gefangenschaft befand. «Emancipation», die sozialistische Zeitung in Léopoldville, hat die Bestechung mehrerer dortiger Politiker durch Tschombe, dem dafür Unsummen zur Verfügung stehen, angeprangert. (Die Beziehungen zwischen Lumumba und der jungen Arbeiterbewegung des Kongos waren sehr freundschaftlich, da die Arbeiterbewegung wie er die neo-kolonialistische Gefahr bekämpft.)

Es ist kein Geheimnis, daß die UNO-Politik der Begünstigung Kasavubus gegen Lumumba mit ihren katastrophalen Folgen nicht zuletzt auf amerikanischen Einfluß zurückzuführen ist. Großbritannien, Frankreich und Belgien hätten sie gegen den Willen Amerikas nie durchsetzen können, wie die Erfahrung der Vereinten Nationen beweist. Und Präsident Kennedys nachfolgende Erklärung, er erkenne allein die Regierung des Präsidenten Kasavubu an (die damals eine diktatorische und verfassungswidrige war!), läßt in jener Angelegenheit keinen Zweifel zu. Die USA-Regierung stellte sich hinter Lumumbas Feinde. Damit forderte sie den afrikanischen Nationalismus (nicht nur im Kongo) heraus und darf sich nicht wundern, wenn sie heute vielfach auf eine anti-amerikanische Haltung in Afrika trifft und zum Beispiel die Regierung von Guinea einen amerikanischen Flottenbesuch brüsk kürzte. Man wird in Afrika die Mitschuld Kennedys und seines Kabinetts an der Liquidierung Lumumbas nicht so leicht vergessen — trotz den unabkömmlingen Reden Mennen Williams'.

Die USA haben sich auch nach Möglichkeit einer Ausschaltung von Tschombes Katanga-Staat durch die Vereinten Nationen entgegengestellt, obgleich dieser Staat nachweislich keine Schöpfung des Volkswillens, sondern der «Union Minière» ist. Katanga besitzt die reichsten Bodenschätze des Kongos. Die mächtige «Union Minière» gehört nicht nur Belgien: amerikanische Interessen (Rockefeller) sind an ihr beteiligt. Belgien gewährte Tschombe monatelang offene Hilfe, stimmt aber in der UNO für die Zentralregierung Adoulas, um die eigene Kongopolitik mit der amerikanischen zu koordinieren. Aber es haben nicht nur die Belgier<sup>2</sup>, sondern ebenfalls die Amerikaner Tschombe wiederholt geschützt — die USA indirekt durch diplomatische Manöver. Für die Westmächte sieht die Ideallösung im Kongo ungefähr folgendermaßen aus: Beibehaltung des Tschombe-Regimes oder einer ähnlichen neo-kolonialistischen Regierung in Katanga, ein föderatives Band zwischen Elisabethville und Léopoldville, eine relativ schwache Zentralregierung in Léopoldville, eine Balkanisierung des Kongos, welche das Tor für den amerikanisch-westeuropäischen Einfluß offen hielte. Freilich erkennen die Westmächte, daß sie in den Wein dieser Hoffnung viel Wasser gießen müssen; denn ein föderativ-neokolonialistischer Kongo bedeutet uferlose Wirren. Jedenfalls hat Amerikas Botschafter Stevenson in der UNO den Katanga-Staat eifrig zu schirmen versucht; und im allgemeinen bemüht sich die amerikanische Presse, Tschombe diskret zu verteidigen. In der Wall Street möchte man mittels des Neo-Kolonialismus nicht allein von der wirtschaftlichen Position der Westmächte in Afrika retten, was zu retten ist, sondern zielt darauf hin, den britisch-französisch-belgischen Einfluß in Afrika teilweise durch den amerikanischen zu ersetzen.

Thomas Kanza, der von Lumumba ernannte Ministerdelegierte des Kongos bei den Vereinten Nationen, wurde von den USA im September 1961 ausgewiesen, als er von der Belgrader Neutralistenkonferenz zur UNO-Generalversammlung nach Neuyork zurückkehrte. Die neo-kolonialistischen Elemente in Léopoldville und das Washingtoner State Department (Außenministerium) hatten zusammen diese Intrige eingefädelt. Das State Department erklärte plötzlich Minister Kanzas Diplomatenausweis für ungültig: Er vertrete nur die Provinzregierung von Stanleyville — die von Kasavubu während seiner verfassungswidrigen Diktatur nach Neuyork entsandte Gegen-delegation aber die Republik des Kongos... Tatsächlich hatte die neue Regierung Adoula noch keine Neuregelung der diplomatischen Angelegenheiten durchgeführt. Da sie sich indes auf die verfassungsmäßigen und par-

---

<sup>2</sup> Aktive Unterstützung hat Tschombe auch aus den negerfeindlichen Staaten Südafrika und Nordrhodesien bezogen. Er ist der Lieblingsneger der Negerfeinde...

lamentarischen Prinzipien Lumumbas beruft, so trug Minister Kanza, der einzige von einer verfassungsmäßigen Regierung ernannte kongolesische Delegierte bei den Vereinten Nationen, seinen bis anhin stets anerkannten diplomatischen Status zu Recht, im Gegensatz zu dem von den USA plötzlich allein geduldeten Delegierten der illegalen, zeitweiligen, durch die Regierung Adoula abgelösten Diktatur Kasavubu-Mobutu. Das Nebeneinander zweier verschiedener Kongo-Delegationen bestätigte im übrigen die Schwierigkeit einer diplomatischen Neuordnung durch Adoula infolge des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen dem nationalistischen und neo-kolonialistischen Flügel seines Kabinetts... Das scharfe Vorgehen gegen Kanza, einen der hervorragendsten Sprecher und Köpfe des afrikanischen Nationalismus, hat Amerika bei den Verfechtern desselben noch unbeliebter gemacht. Den USA kann daraus noch manche Verlegenheit entstehen; denn Minister Kanza dürfte auch in der Zukunft wichtige Posten bekleiden.

### *Der Kommunistenschreck*

Daß Washington in jedem afrikanischen Politiker, der Wert auf freundliche Beziehungen mit der UdSSR legt, schon einen Freund des Kommunismus erblickt, hat zu schwerwiegenden Fehlentscheidungen Anlaß gegeben. Die afrikanischen Nationalisten sind keine Kommunisten, sondern zunächst einmal Afrikaner und Anhänger einer positiven Neutralität. Sympathien für den Sozialismus sind zum Beispiel in Guinea und Ghana stark, ausländische Investierungen aber in keinem der afrikanischen Staaten unerwünscht, soweit sie nicht bloß ausländischen Kapitalisten, sondern auch dem Wirtschaftsaufbau der Afrikaner dienen. Es ist absurd, Lumumbas Programm für den Kongo als pro-kommunistisch zu bezeichnen — sieht es im Gegenteil doch Partnerschaften zwischen der Republik des Kongos und ausländischen Unternehmern vor. Gizenga fordert auf Grund des Lumumba-Programms zum Beispiel keine Nationalisierung der «Union Minière», sondern die Beteiligung des Kongos an Verwaltung und Gewinnen. Und Lumumba selbst verhandelte kurz nach der Unabhängigwerdung des Kongos 1960 mit einem amerikanischen Kapitalisten. Die Lumumba-Gizenga-Bewegung ist damit einverstanden, daß ausländische Gesellschaften im Kongo einen genügenden Teil ihrer Profite exportieren, um rentabel zu bleiben.

Die afrikanischen Nationalisten beschäftigt nicht die Frage des Kommunismus oder Anti-Kommunismus, sondern die wirtschaftlich-technische Hilfeleistung, welche die jungen afrikanischen Republiken brauchen. Jede ausländische Hilfe, an welche keine die Unabhängigkeit und Neutralität einschränkende Bedingungen geknüpft sind, ist erwünscht. Die Ostländer erzielen solche Hilfe recht großzügig. Ihre Annahme bedeutet keinen Ausver-

kauf an den Kreml. Das will man in Amerika noch nicht ganz begreifen. Auch Hilfe aus Amerika ist ja willkommen. Und wenn die amerikanische Presse und Washingtoner Regierungskreise erzürntes Mißtrauen äußern, sobald ein afrikanischer Regierungschef Moskau besucht, dann vergessen sie, daß die gleiche Persönlichkeit stets auch die USA besucht hat<sup>3</sup>.

In Washington faßt man Afrika im Grunde als einen der Schauplätze des Kalten Krieges auf und möchte verhindern, daß der «schwarze» Kontinent sich einmal in einen «roten» verwandle. Die USA-Delegation bei den Vereinten Nationen hat unumwunden ausgesprochen, daß sie nicht an ein Afrika außerhalb des Kalten Krieges glaube. Folglich ist Washington im Grunde mit der afrikanischen Neutralität nicht recht ausgesöhnt. Das State Department fordert keine Militärbündnisse afrikanischer Staaten mit den USA, weil es damit auf sichere Ablehnung stieße; aber es möchte die afrikanische Neutralität gerne in eine der UdSSR weniger als den USA wohlwollende umprägen. Gerade diese Absicht findet in Afrika wenig Beifall (außer bei den Neo-Kolonialisten und weißen Kolonialisten). Denn die afrikanischen Staaten (selbst die meisten in der Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft) wollen Afrika aus dem Kalten Krieg heraushalten und glauben, daß dies möglich ist. Sie wollen keine Konflikte, sondern einen friedlichen Wettbewerb von Ost und West, einen Wettstreit der Entwicklungshilfe in ihrem Erdteil: Afrika als eine Friedenszone der Welt, die gedeihliche Begegnungen zwischen West und Ost erleichtert und den neutralen Block in der UNO beträchtlich stärkt.

Wer vom Kommunistenschreck hypnotisiert wird, der vermag die afrikanische Auffassung nicht zu verstehen. Die Begriffe des Kalten Krieges vermitteln keinen Weg zu echter Freundschaft mit dem neuen Afrika. Wohl tritt der afrikanische Nationalismus in verschiedenen Formen und Schattierungen auf, aber keine davon läßt sich einfach in die eine oder andere Front des Kalten Krieges einreihen, wenn auch zum Beispiel Guinea mehr Sympathie für den Osten, Nigeria zurzeit wohl für den Westen haben mag. In Afrika ist heute der traurige Neo-Kolonialismus die einzige Alternative zu den nationalistischen Strömungen.

---

<sup>3</sup> Wo von der sowjetischen Hilfe an afrikanische Länder (zum Beispiel Guinea) die Rede ist, wäre diese Fußnote angebracht: «Die Annahme sowjetischer Hilfe bedeutet keine Abhängigkeit afrikanischer Staaten von Moskau. Als der Sowjetbotschafter in Conacry (Guinea) bei dem Versuch der Einmischung in Guineas innere Angelegenheiten ertappt wurde, zögerte die Regierung von Guinea nicht, seine Abberufung zu erwirken. Im allgemeinen hütet der Kreml sich vor so plumpen Umtrieben in Afrika; es ist indes bezeichnend, daß auch das eher sowjetfreundliche Guinea, ohne zu zögern, seine Selbständigkeit gegen die UdSSR genau so wie gegen den Westen zu verteidigen weiß, wenn es nötig ist.»

Auch diejenigen afrikanischen Länder, die wie Marokko oder Ägypten (Vereinigte Arabische Republik) eine streng anti-kommunistische Innenpolitik betreiben, haben kein Vorurteil gegen Freundschaft mit der UdSSR. Afrikas Hauptfeind ist der Kolonialismus in all seinen Spielarten; und die Länder des Ostblocks wiesen nie eine afrikanische Kolonialpolitik auf. Gewiß hat auch Amerika niemals afrikanische Territorien besessen und sich zugunsten der Selbständigkeitbestrebungen mehrerer afrikanischer Völker ausgesprochen; aber es ist der NATO-Verbündete der Kolonalmächte.

### *NATO und Afrika*

Frankreich und Portugal sind Amerikas Alliierte im Nordatlantikpakt, und es dürfte schwer zu vermeiden sein, daß von ihnen aus den USA bezogenes Kriegsmaterial gegen die Algerier und gegen die Aufständischen in Angola verwendet wird. In der UNO bremst Amerika nach Kräften, wenn Resolutionen gegen den französischen oder portugiesischen Kolonialismus vorliegen, obgleich sich Washington anderseits nicht mit dem Kolonialismus einverstanden erklärt, denn es hätte sonst Asien und Afrika fast geschlossen gegen sich. Außerdem ist man sich in den USA doch zu sehr der Tatsache bewußt, daß die Vereinigten Staaten im 18. Jahrhundert einem anti-kolonialistischen Kampf entsprangen... Aber das amerikanische Bündnis mit Frankreich und Portugal, die amerikanische Zustimmung zu den französischen Atomwaffenversuchen in der Sahara sowie (außerhalb des NATO-Rahmens) Amerikas Milderung der Verurteilung Südafrikas durch die UNO haben den bremsenden Einfluß der USA auf Großbritannien und Frankreich in der Suezkrise in Vergessenheit geraten lassen. Algerien, die portugiesischen Kolonien, Süd- und Südwestafrika<sup>4</sup> sind die schwärenden Wunden am afrikanischen Körper, während von den Briten unter anderem jetzt Tanganjika die Unabhängigkeit gewährt wurde, Jomo Kenyatta, der Führer der Unabhängigkeitsbewegung von Kenia, aus langer Haft entlassen wurde, der vermutlich einmal ein freies Kenia leiten wird. Als eine Art Beschützer Frankreichs, Portugals und der Südafrikanischen Union kann sich Amerika bei den afrikanischen Völkern nur unbeliebt machen.

Der afrikanische Nationalismus lehnt die Scheidung Afrikas in die Länder nördlich und südlich der Sahara oder in hamitische und negroide Völker als willkürlich ab und betont die afrikanische Solidarität. Präsident Nkrumah von Ghana zum Beispiel verleiht seit Jahren dieser panafrikanischen Zusammengehörigkeit immer wieder Ausdruck, und ebenso bekennen sich

---

<sup>4</sup> Südafrika hat sich das ehemalige Deutsch-Südwestafrika (Völkerbundesmandat 1919) widerrechtlich angegliedert und unterdrückt auch dort die Eingeborenen.

Algerier, Marokkaner, Ägypter zu ihr, einschließlich der Regierungen Nordafrikas. In ganz Afrika ist der Wunsch lebendig, den Erdteil (gegen den Willen Frankreichs und der USA) zur atomfreien Zone zu machen und möglichst aus militärischen Verstrickungen des Nordatlantikpaktes zu lösen, die eine Folge des Kolonialismus und mit der afrikanischen Neutralität unvereinbar sind. Afrika bildet die geschlossenste Front gegen den Atomfrevel; und es will gleichsam symbolisch scheinen, daß Dr. Albert Schweitzers bedeutsame Aufrufe gegen die Atomwaffenversuche aus dem Herzen Afrikas kamen.

*Licht aus dem «dunklen» Erdteil ...*

Afrika benötigt Entwicklungshilfe, ist jedoch kein nur nehmender Kontinent, sondern hat der Menschheit auch manches zu bieten. In internationalem Fragen ist die Stimme Afrikas eine Stimme der Vernunft, die zum Frieden mahnt. Afrikas hohe Kunst<sup>5</sup>, die zum großen Teil durchaus nicht primitiv ist und schon zu Anfang unseres Jahrhunderts Picasso und Modigliani in Paris tief beeindruckte, wird heute fast allgemein anerkannt. Die zeitgenössische afrikanische Literatur<sup>6</sup> vermittelt äußerst lohnende Erlebnisse... Aber sind im Verlauf des Unabhängigkeitskampfes nicht auch barbarische Ausschreitungen und Verbrechen vorgefallen? Gewiß, denn Kriege bringen Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten mit sich, und wir Sozialisten wären die Letzten, sie zu beschönigen. Doch allzu gerne sprechen die Presse in den USA und die Bürgerpresse in Europa nur von Grausamkeiten der sogenannten Wilden, fast nie dagegen von denen der Kolonialisten, welche die Eingeborenen derart erbitterten, daß einzelne Gruppen von Afrikanern ihrerseits zum Gegenterror schritten, wobei manche Untaten übrigens von Europäern glatt erfunden oder maßlos übertrieben worden sind. Die Barbarei wird in Afrika vor allem vom Kolonialismus repräsentiert. Die Belgier bauten zum Beispiel prächtige Städte im Kongo, aber hauptsächlich für ihre eigenen Leute. Eingeborene Arbeiter mußten sich mit Hungerlöhnen begnügen; höhere Bildung wurde fast allen Kongolese[n] versagt (ein Umstand, an welchem der junge Staat ohne eigenes Verschulden heute leidet); und welcher Weiße regte sich schon über die tägliche Vergewaltigung farbiger Frauen und Mädchen durch die weiße Herrenschicht auf? Prüft man nach,

---

<sup>5</sup> Siehe das prächtige Werk von Elsy Leuzinger, Kurator des Zürcher Rietberg-Museums, über die Kunst Afrikas sowie die Sammlungen des Rietberg-Museums selbst.

<sup>6</sup> Siehe «Dunkel und Licht — Afrikanische Dichtung», deutsche Ausgabe: Nymphenburger Verlagshandlung, München 1961.

<sup>5</sup> und <sup>6</sup> Zeitgenössische Malerei und Dichtung aus dem Kongo: «Kongo» von Rolf Italiaander, C.-Bertelsmann-Verlag.

welches die wirklichen Zustände in der angeblichen «Musterkolonie» waren, so muß man sich wundern, daß sie nicht viel schlimmere Ausbrüche des Hasses bei der Unabhängigwerdung auslösten<sup>7</sup> und immerhin Tausende von Weißen nach wie vor unbehelligt im Kongo leben.

Die Afrikaner dünkt es barbarisch, daß man afrikanische Diplomaten in «weißen» Restaurants im Süden der USA (selbst in ganz schäbigen!) nicht bedient, daß sie selbst in dem «fortschrittlichen» Neuyork bei der Suche nach Wohnungen und Büros auf Schritt und Tritt der rassischen Diskriminierung begegnen, wiederholt Drohbriefe des Klu-Klux-Klans empfangen haben und nicht Mitglieder des «vornehmen» Metropolitan-Klubs in Washington werden können. Dabei sind diese Diplomaten tatsächlich oft weit gebildeter und besser erzogen als so mancher amerikanische Politiker . . . Daß durch eine rassische Diskriminierung, von der nicht einmal die Vertreter afrikanischer Staaten ausgenommen sind — so unangenehm dies dem State Department auch sein mag —, die amerikanisch-afrikanischen Beziehungen belastet werden, liegt auf der Hand. Nicht zuletzt finden die Afrikaner es barbarisch, daß in den USA ihre amerikanischen Rassengenossen Opfer einer noch nicht verschwundenen Benachteiligung auf Grund ihrer Farbe sind und im Süden ihres Vaterlandes offene Demütigungen und Terrorangriffe erleiden. Anderseits ist die Entstehung eines neuen Afrikas, das sich der stolzen Überlieferungen seiner ehrwürdigen Geschichte und Kultur entsinnt, eine gewaltige moralische Stütze für den Gleichberechtigungskampf der amerikanischen Neger und trägt zu den gelegentlichen Zugeständnissen der USA-Regierung an diese bei. Und schon im Hinblick auf die Millionen farbiger Wähler in Amerika muß Washington auf Freundschaft mit Afrika hinzielen.

Der Erfolg der amerikanischen Afrikapolitik ist indes nicht allein von maximaler Anstrengung und geschickter Taktik abhängig. Ihm stehen grundätzliche Faktoren im Wege, die durch Präsident Kennedys «Friedenskorps» nicht fortgeblasen werden, namentlich der Hang zum Neo-Kolonialismus; der Gesichtspunkt des Kalten Krieges, der ein verzerrtes Bild Afrikas ergibt; und das immer noch nicht überwundene Rassenvorurteil. Die Verleihung des Nobel-Friedenspreises an den südafrikanischen Zuluführer und Sozialisten A. J. Luthuli, die in Amerika nicht unbeachtet blieb, sollte eine Mahnung nicht nur für die Weißen Südafrikas sein. Zu einer wahrhaft gedeihlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem neuen Afrika bedarf es auf amerikanischer Seite eines Gesinnungswandels.

---

<sup>7</sup> Sehr zum Mißfallen der belgischen Regierung wies ich schon vor 14 Jahren in der «Berner Tagwacht» auf die tatsächlichen Zustände im Kongo hin, dem Märchen von der «Musterkolonie» entgegentretend.